

F

2022 / Friedens- und Sicherheitspolitik nach der Zeitenwende /

FOKUS

- F.1** ↘ Fakten und Interpretationen
- F.2** ↘ Krieg und Diplomatie
- F.3** ↘ Zeitenwende in Deutschland
- F.4** ↘ Konsequenzen für die Europäische Union
- F.5** ↘ Bündnispolitik
- F.6** ↘ Globale Auswirkungen

↓ EMPFEHLUNGEN

F

26

- 1 Kooperative Sicherheit muss das langfristige Ziel bleiben** Einen schnellen Weg zurück zu einer europäischen Friedensordnung wird es nach dem russischen Angriffskrieg nicht geben. Dennoch bleibt kooperative Sicherheit auf lange Sicht die einzige Möglichkeit, um den weltpolitischen Herausforderungen zu begegnen.
- 4 Beschaffungswesen der Bundeswehr muss reformiert werden** Eine Reform des Beschaffungswesens ist für die effektive und effiziente Verwendung des Sondervermögens Bundeswehr unerlässlich. Sie sollte mit Priorität vorangetrieben werden.
- 2 Russland zu Verhandlungslösung bewegen** Anstatt auf eine militärische Niederlage Russlands zu setzen oder gar den Sturz des Putin-Regimes zu propagieren, sollte Russland mittels Sanktionen und militärischer Unterstützung der Ukraine zu einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegt werden.
- 5 Nahrungsmittelversorgung in Krisenregionen sichern** Damit die ukrainischen und russischen Ernteauffälle nicht zu einer Verschärfung der Ernährungslage in Krisenregionen und fragilen Staaten führt, sollte die Bundesregierung Finanzierungslücken für höhere Beschaffungspreise schließen und den Ausbau von Nahrungsmittelverteilung forcieren.
- 3 EU nach innen und außen stärken** In der neuen Sicherheitslage muss die EU ihre Integration nach innen stärken, um ihre drängendsten Aufgaben wie die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die Erweiterungspolitik geschlossen voranzutreiben.
- 6 Keinen Systemkonflikt heraufbeschwören** Der Westen sollte vermeiden, den Gegensatz von Demokratie und Autokratie zu einem neuen Systemkonflikt zu überhöhen, um China und Russland nicht unnötigen Anlass zur koordinierten Herausforderung liberaler Ordnungsprinzipien zu geben.

FOKUS / Friedens- und Sicherheitspolitik nach der Zeitenwende /

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat nicht nur unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung gebracht und einen souveränen Staat teilweise in Schutt und Asche gelegt. Er hat auch die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung zerstört. Nach dem Krieg muss deshalb nicht nur die Ukraine wieder aufgebaut werden. Es muss auch ein neues Konzept europäischer Sicherheit entwickelt werden, das Verteidigungsfähigkeit mit einer langfristigen Perspektive auf zukünftige kooperative Sicherheitsstrukturen und dauerhaften Frieden verbindet.

F.1 ✓ Fakten und Interpretationen

Russland hat mit seinem Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 einen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen. Dieser Krieg ist von langer Hand vorbereitet worden, und er wird von Russland mit aller Macht und Rücksichtslosigkeit geführt. Trotzdem ist der Widerstand der Ukraine ungebrochen. Die russische Armee musste von der Eroberung Kiews wieder Abstand nehmen, um sich auf Geländegewinne im Südosten des Landes zu konzentrieren. Eine Verurteilung des Überfalls im VN-Sicherheitsrat hat Russland mit seinem Veto verhindert. Aber die VN-Generalversammlung hat Russland verurteilt. Die zwischenzeitlichen Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine blieben bislang ergebnislos. Gleichzeitig hat Russland wiederholt und in bislang beispielloser Weise mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht. Der Krieg ist noch längst nicht zu Ende und eine weitere Eskalation nicht ausgeschlossen. Was sich aber schon jetzt zeigt, ist, dass die bestehende europäische Sicherheitsarchitektur in Trümmern liegt.

Der Westen hat ein direktes militärisches Eingreifen bislang ausgeschlossen aus Sorge vor einer nuklearen Eskalation des Krieges. Jedoch verhängte er massive Sanktionen, die die russische Wirtschaft und individuelle politische Entscheidungsträger:innen empfindlich treffen. Vor allem aber liefert er leichte und zunehmend auch schwere Waffen zur Unterstützung der ukrainischen Verteidigung.

Deutschland hat eine „Zeitenwende“ in der Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet. Es beteiligt sich an den Waffenlieferungen in die Ukraine und investiert massiv in den Ausbau der Bundeswehr. Darüber hinaus beabsichtigt Deutschland, die Abhängigkeit von russischem Erdgas und Erdöl zu reduzieren und schneller auf regenerative Energiequellen umzusteigen.

So klar die Fakten sind, so umstritten ist ihre Interpretation. Für seinen Militäreinsatz macht Russland sich rhetorisch Normen zu eigen, die in der Vergangenheit von westlichen Staaten als Rechtfertigung von Interventionen dienten. Russland behauptet, im Donbass habe ein „Genozid“ an der russischstämmigen Bevölkerung stattgefunden und sein militärisches Eingreifen sei eine Friedensmission. Der Kreml nimmt damit vordergründig etablierte Begriffe auf, verwendet sie aber in anderem Kontext und in missbräuchlicher Weise. Dabei wird auf angebliche „Präzedenzfälle“ verwiesen, die von westlichen Staaten vor allem im Zusammenhang mit dem postjugoslawischen Bürgerkrieg geschaffen worden seien. Die taktische Aneignung internationaler Normen kann das russische Verhalten in der Ukraine aber nicht rechtfertigen. Allerdings sollten auch westliche Staaten bedenken, dass Ausnahmen vom Interventions- und Gewaltverbot, die sie selbst in Anspruch nehmen, von revisionistischen Staaten wie Russland instrumentalisiert werden können.

Der Kreml nutzt missbräuchlich internationale Normen, um den Krieg zu rechtfertigen

Auch innerhalb des Westens und insbesondere in Deutschland wird über die Bedeutung dieses Krieges für die Zukunft gestritten. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie es zu diesem Krieg kommen konnte, ob er hätte verhindert werden können und welche Fehler und Versäumnisse des Westens die russische Aggression verursacht oder begünstigt haben. Dabei stehen sich – idealtypisch – zwei Positionen gegenüber: eine sieht die „Schuld“ vor allem aufseiten der NATO, die Russland strategisch in die Enge getrieben habe; die andere kritisiert vor allem die Beschwichtigungspolitik des Westens, die Russland zu immer offensiveren und riskanteren Handlungen ermutigt habe.

Die erste Position behauptet, der Westen habe sein Versprechen gebrochen, nach Ende des Ost-West-Konflikts die NATO nicht nach Osten auszudehnen. Spätestens ab Mitte der 1990er Jahre habe der Westen die Idee einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung aufgegeben und mit der schrittweisen Erweiterung der NATO Russland in die Defensive gedrängt. Der Krieg sei eine absehbare (wenn auch nicht legitime) Reaktion Russlands auf den einseitigen Machtgewinn des Westens gewesen. Warnungen habe es genug gegeben. Insbesondere Wladimir Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 habe unmissverständliche Drohungen enthalten, dass neuerliche Erweiterungsrunden von Russland nicht hingenommen werden würden. Die Einladung 2008 an Georgien und die Ukraine, der NATO beizutreten, habe den Kaukasuskrieg 2008, die Annexion der Krim 2014 und den jetzigen Krieg mitverursacht.

Die zweite Position argumentiert umgekehrt. Der Westen habe nicht zu viel, sondern zu wenig Druck auf Russland ausgeübt. 2008 hätte man der Ukraine und Georgien die NATO-Mitgliedschaft nicht nur in Aussicht stellen, sondern unmittelbar vollziehen sollen, anstatt dem Drängen Frankreichs und Deutschlands nachzugeben, zuerst das Einverständnis Russlands einzuholen. Die gesamte Friedens- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges, die darauf ausgerichtet war, sich Russland anzunähern und das Land in die europäische Friedensordnung einzubeziehen, sei verfehlt und naiv gewesen. Russland lasse sich aufgrund seines autoritären politischen Systems und seiner geopolitischen Interessen nicht in ein System kooperativer Sicherheit integrieren.

In der Debatte über die Kriegsursachen stehen sich zwei Positionen gegenüber

Beide Positionen sind in ihrer Argumentation überzogen und in ihren Konsequenzen problematisch. Beide haben aber auch einen wahren Kern. Man muss kein Anhänger der These sein, die NATO trage die Schuld am Krieg in der Ukraine, um einzusehen, dass mehr als ein Akteur an der Erosion der europäischen Sicherheitsordnung beteiligt war. Die jüngste Forschung hat gezeigt, dass es zwar keine schriftliche Zusicherung an Russland gab, die NATO nicht nach Osten auszudehnen. Dennoch ist Russlands Behauptung nicht ganz von der Hand zu weisen, dass mündliche Zusicherungen nicht eingehalten wurden und das Prinzip missachtet wurde, die Sicherheit der einen Seite nicht auf Kosten der anderen Seite zu erhöhen (→ Trachtenberg 2020). Man muss allerdings umgekehrt kein Anhänger der These sein, Russland verkörpere das Reich des Bösen, um zu konstatieren, dass Russland sich in den letzten Jahren konsequent von der normativen Weltordnung verabschiedet, systematisch Völkerrecht gebrochen und wiederholt Kriegsverbrechen begangen hat. Und es ist auch richtig, dass der Westen diesem Handeln früher und konsequenter hätte entgegengetreten müssen, insbesondere nach der Annexion der Krim 2014. Es erfordert viel Phantasie sich vorzustellen, wie mit Russland wieder vertrauensvolle Beziehungen aufgebaut werden können, die über Abschreckung und konfrontative Koexistenz hinausgehen.

Und doch ist es nötig, genau dies in den Blick zu nehmen. Die Gefahr der aktuellen Debatte ist, dass Diplomatie, Kooperation und politischem Vertrauen generell eine Absage erteilt wird. Die Behauptung, westliche – und vor allem deutsche – Vertrauensseligkeit habe zum Krieg geführt und es wäre besser gewesen, Russland konsequent als Gegner zu behandeln, blendet die Erfolge von Entspannungspolitik und Annäherung an Russland aus. Ohne die Politik der kooperativen Sicherheit wäre Deutschland heute nicht vereint, wären zahlreiche Staaten Osteuropas heute nicht Demokratien und wäre die nukleare Rüstungsspirale nicht – vorübergehend – angehalten worden. Eine kooperative Friedens- und Sicherheitsordnung ist möglich und nicht schon deshalb verfehlt, weil Wladimir Putin sie gerade zertrümmert. Allerdings: Einen schnellen Weg zurück zu dieser Ordnung wird es nicht geben. Die Herausforderung für die Zukunft der internationalen Beziehungen ist der Aufbau neuer Kooperationsstrukturen – in Europa und in der Welt. Solche Strukturen werden in Europa nach dem Krieg zunächst ganz basalen Charakter haben und auf Verteidigungsfähigkeit, Abschreckung und rüstungskontrollpolitischen Minimalstandards basieren. Erst in einem weiteren Schritt wird man vielleicht

Diplomatie und kooperative Sicherheit bleiben zentrale Elemente europäischer Friedenspolitik

zu einer friedlichen Koexistenz übergehen können, die bedeuten würde, auf gegenseitige Destabilisierung zu verzichten. Auch wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag, ist jetzt der Zeitpunkt, sich über die Schritte zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa Gedanken zu machen. Auch wenn gegenüber Russland in der aktuellen Lage eine harte Haltung notwendig ist, muss schon heute überlegt werden, auf welche Weise langfristig Sicherheit und Frieden nicht nur gegen, sondern mit Russland gestaltet werden können.

Allmähliche Schritte von Abschreckung zu neuer Friedensordnung

F

30

F.2 Krieg und Diplomatie

Die ersten Anzeichen für einen russischen Angriff auf die Ukraine verdichteten sich im April 2021, als Russland seine Truppen an der Grenze zur Ukraine massiv verstärkte. Die Lage verschärfte sich im Herbst desselben Jahres, was US-Präsident Joe Biden im Dezember 2021 veranlasste, vor einem unmittelbar bevorstehenden russischen Einmarsch zu warnen. Die offiziellen Konfliktpunkte lagen spätestens Mitte Dezember 2021 auf dem Tisch. Die russische Führung forderte eine vertragliche Vereinbarung mit den USA und der NATO über eine Neuordnung der Europäischen Sicherheit (→ Teurtrie 2021: 8). Im Zentrum standen zwei Forderungen: erstens auf eine weitere Osterweiterung der NATO zu verzichten und zweitens, frühere Erweiterungsschritte teilweise rückgängig zu machen, insbesondere mit Blick auf die Stationierung von Truppen und schweren Waffensystemen. Bei der NATO und den USA stießen diese Forderungen unter Verweis auf das Recht auf freie Bündniswahl (verbrieft in der Europäischen Sicherheits-Charta von 1999) auf Ablehnung.

In der Folge schriftlicher Korrespondenzen, in denen Russland seine Forderungen in zunehmend ultimativem Ton erneuerte, und der Erhöhung russischer Militärpräsenz in Belarus, verstärkte auch die NATO ihre Truppenpräsenz in Polen, Rumänien und den baltischen Staaten. Ab Januar 2022 standen die Zeichen auf Krieg. Offen schien vielen Beobachtern nur das Wann und Wie des Angriffs. Dabei standen zwei Optionen im Raum: der begrenzte Einmarsch und die vollständige Eroberung der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, oder ein umfassender Krieg, der die Einnahme der gesamten Ukraine und die Etablierung eines von Moskau abhängigen Marionettenregimes in Kiew zum Ziel haben würde. Die offiziell gegenüber der NATO und den USA vertretene Linie Moskaus zielte lange Zeit auf eine Neutralität der Ukraine und ein Ende der NATO-Osterweiterung ab. Dieses Ziel war in gewisser Weise verhandlungsfähig, und es bleibt diskussionswürdig, warum der Westen und auch die Ukraine gezögert haben, nach Zwischenlösungen zu suchen. Klar ist zugleich: Es standen sich zwei sehr unterschiedliche Vorstellungen einer Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung gegenüber. Während Russland auf ein zweites Jalta-Abkommen drängte, bei dem die Großmächte ihre Einflussphären abstecken, beharrte der Westen auf den Prinzipien von KSZE und OSZE (Konferenz/Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die Souveränität und Selbstbestimmungsrecht aller Staaten garantieren (→ Garton Ash 2022).

Truppenaufmarsch und Verlautbarungen Russlands kündigten den Krieg an

Fraglich ist, ob eine neutrale oder demilitarisierte Ukraine das einzige Kriegsziel war (und ist), oder ob Russland unter Putin, nicht schon von langer Hand vorbereitet, eine imperiale Politik verfolgt. Als Indiz dafür wird der im Juli 2021 erschienene Beitrag des russischen Präsidenten „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“ angeführt, der die Daseinsberechtigung der Ukraine bestreitet. Die russische Anerkennung der sogenannten Volkrepubliken im Donbass am 21. Februar 2022 hatte ähnliche Untertöne. Spätestens aber mit der Fernsehansprache Putins zum Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 war klar: Nicht nur die Demilitarisierung der Ukraine wurde angestrebt, sondern der Ukraine wurde das Existenzrecht abgesprochen. Hinzu kam der abwegige Begriff der „Entnazifizierung“, der auf das Ziel eines Regimewechsels hinwies. Schließlich deutete der russische Präsident eine mögliche nukleare Eskalation an sollte die NATO in den Krieg eintreten. Damit war klar, dass es um weit mehr als einen Krieg mit der Ukraine ging, sondern darum, dass dieser Krieg eine symbolische Bedeutung gegenüber der NATO erhielt (→ Nußberger 2022).

Allerdings wandelten sich die russischen Kriegsziele im Verlauf des Krieges. Der dreifache Zangengriff in den ersten Kriegsmonaten war ein deutliches Indiz dafür, dass es Putin zunächst um die vollständige Kontrolle der Ukraine ging. Dabei prägten Fehlkalkulationen die russischen Kriegsplanungen. Sie hatten den militärischen Widerstand in der Ukraine ebenso unterschätzt wie die westliche Bereitschaft, die Ukraine militärisch zu unterstützen und weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen den Aggressor zu verhängen. Im April 2022 war die Lage ambivalent. Einerseits verdichteten sich die Hinweise, dass Russland einen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine führte, der durch Kriegsverbrechen geprägt war. Andererseits wurden die Truppen um Kiew abgezogen, um Geländegewinne im Osten und Süden des Landes zu konsolidieren. De facto war damit das militärische Ziel geändert worden und schien sich nun auf eine Verbindung vom Donbass bis zur Krim zu konzentrieren, die möglicherweise bis zur abtrünnigen Moldaurepublik Transnistrien weitergeführt werden könnte. Bei einem Erfolg wäre die Ukraine faktisch vom Schwarzen Meer abgeschnitten.

Kriegsziele Russlands
und Ziele des Westens
haben sich gewandelt

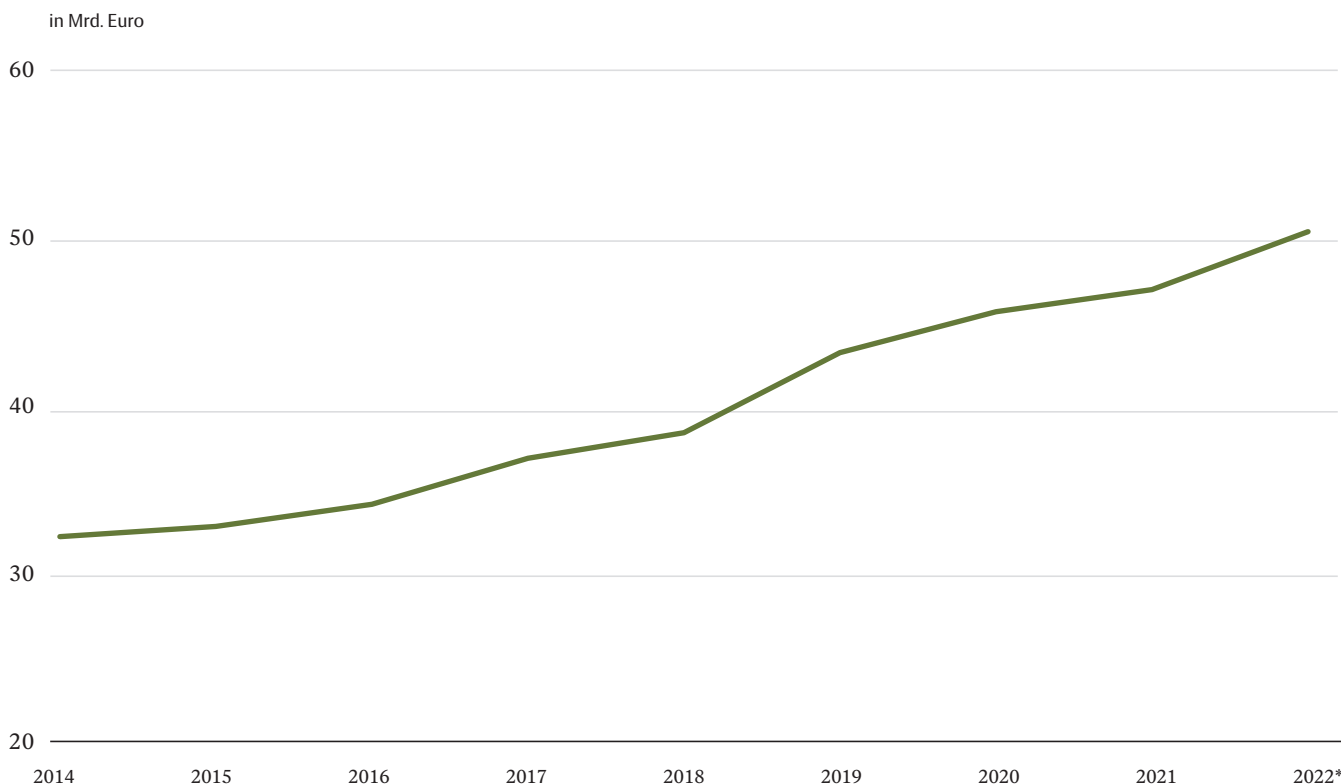
Aber auch der Westen hat seine Ziele nur unscharf definiert und mehrfach verändert. Stabil geblieben ist die diplomatische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine, freilich ohne eine direkte Kriegsbeteiligung vorzusehen. Hintergrund ist die unverhohlene Drohung Russlands, Nuklearwaffen einzusetzen. Diese Drohung ist ernst zu nehmen. Die russische Nukleardoktrin sieht auch in konventionellen Kriegen einen frühen Ersteinsatz taktischer Nuklearwaffen vor, um den Gegner von einer weiteren Eskalation abzuhalten. Putin, Lawrow und andere Regierungsmitglieder haben wiederholt die Bereitschaft zum Nuklearwaffeneinsatz bekräftigt. Beschwichtigende Vermutungen, Putin selbst würde wahrscheinlich vor einem Nuklearwaffeneinsatz zurückschrecken, oder seine Generäle würden ihn im Zweifelsfall in den Arm fallen, sind Spekulation und letztlich nicht überzeugend begründet. Auch eine „geringe Wahrscheinlichkeit“ eines russischen Nuklearwaffeneinsatzes sollte den Westen zu Zurückhaltung angesichts der Gefahr einer Eskalation veranlassen → 3/100–108. Diese betrifft nicht

nur eine aktive Kriegsbeteiligung (die die NATO ausgeschlossen hat, solange kein NATO-Territorium angegriffen wird), sondern beispielsweise auch die Einrichtung von Flugverbotszonen. Auch Waffenlieferungen bergen das Risiko, zum Ziel russischer Angriffe zu werden – und zwar umso mehr, je größer und moderner die Waffen sind, die geliefert werden. Insofern ist eine vorsichtige Abwägung in jedem Fall geboten. Wichtig ist, sich bewusst zu sein, dass das Risiko steigt, wenn Russland in die Defensive gerät. Anstatt auf eine militärische Niederlage Russlands zu setzen oder gar den Sturz von Wladimir Putin zu propagieren, sollte Russland zu einer Verhandlungslösung, das heißt einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegt werden. Zu substanziellen Verhandlungen wird Putin allerdings erst dann bereit sein, wenn er einsieht, dass er durch Diplomatie mehr erreichen kann als durch Krieg. Solange Putin glaubt, dass die Kriegshandlungen ihm selbst und Russland Vorteile bringen, wird er den Krieg fortsetzen. Ziel des Westens muss es deshalb sein, die Kosten des Krieges für Russland möglichst hoch zu treiben, indem er die Verteidigung der Ukraine militärisch unterstützt, ökonomische Sanktionen verhängt und diplomatischen Druck ausübt. Gleichzeitig muss der Nutzen einer politischen Einigung auch für Russland so deutlich gemacht werden, dass Putin bereit ist zu verhandeln. Das heißt, auch Russland muss etwas angeboten werden, damit es sich auf Verhandlungen über ein Kriegsende einlässt. Der Westen sollte daher nicht allein auf eine militärische Lösung setzen, denn nur ein Verhandlungsfrieden (und nicht ein Siegfrieden) hat Aussicht, einigermaßen dauerhaft zu sein.

Kosten des Krieges für Russland in die Höhe treiben, um das Regime zu Verhandlungen zu bewegen

1 Deutsche Verteidigungsausgaben

Quelle → F /43



F.3 Zeitenwende in Deutschland

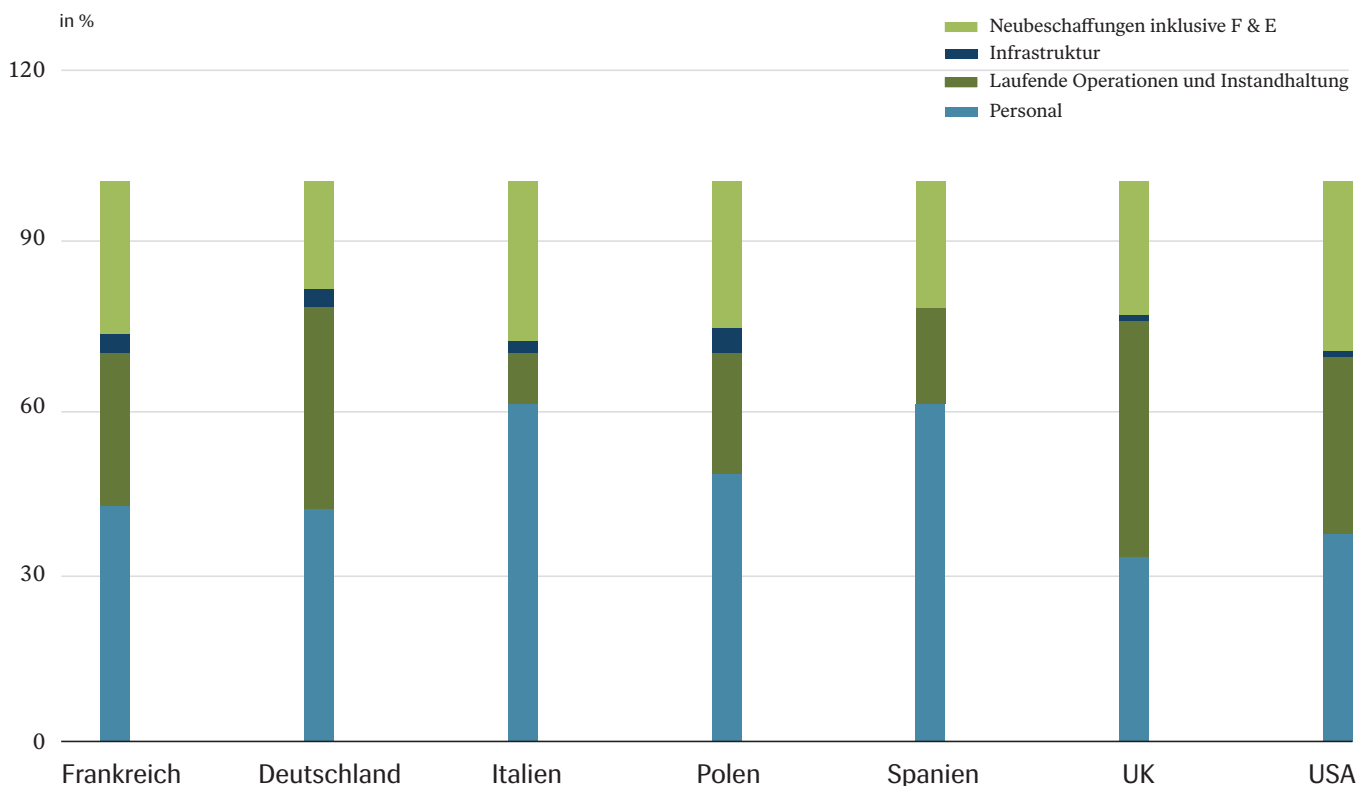
Der Krieg in der Ukraine ist eine Zäsur in der deutschen Sicherheits- und Friedenspolitik. Das „Sondervermögen Bundeswehr“ und das Ziel, von nun an mindestens 2 % des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu investieren, erfordern eine Klärung strategischer Ziele und militärischer Fähigkeiten. Darüber hinaus muss in der neuen nationalen Sicherheitsstrategie ausbuchstabiert werden, wie und für welche politischen Zwecke Verteidigungsfähigkeit und zivile Instrumente der Außenpolitik integriert werden können.

Seit Jahren ist von einer Unterfinanzierung der Bundeswehr die Rede → **1**/32. Die Berichte der Wehrbeauftragten haben regelmäßig auf die mangelhafte Ausstattung aufmerksam gemacht. Das mag auf den ersten Blick überraschen, da die deutschen Verteidigungsausgaben mit von der NATO geschätzten 53,1 Mrd. € ungefähr auf dem Niveau von Frankreich (48,2 Mrd.) liegen und seit der Krim-Annexion stetig angewachsen sind → **2**/33. Statt auf die absoluten Zahlen muss man aber auf die Verteilung der Ausgaben schauen. Dabei stellt man fest, dass das Material der Bundeswehr durch zahlreiche internationale Einsätze stark beansprucht und überaltert ist, der Materialerhalt aber Neuanschaffungen verhindert. Im NATO-Vergleich zeigt sich, dass die Bundeswehr von ihrem Budget anteilig deutlich weniger für Neuanschaffungen ausgegeben hat als ihre Bündnispartner.

Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei den militärischen Neuanschaffungen hinten

2 Verteilung der Verteidigungshaushalte ausgewählter NATO-Mitglieder auf zentrale Ausgabenkategorien

Quelle → **F** /43



Während zum Beispiel Frankreich 27,8 % oder Spanien 22,7 % ihres jeweiligen Verteidigungshaushalts für Neuanschaffungen sowie Forschung und Entwicklung aufbrachten, lag der Wert in Deutschland nur bei 18,6 %, dem zweitniedrigsten Wert nach Kanada (17,7 %). Ein Großteil des Sondervermögens ist deshalb zu Recht für Neuanschaffungen vorgesehen. Mit mehr Geld allein ist es aber nicht getan. Die Bundeswehr ist gefangen in verkrusteten und überreglementierten Beschaffungsverfahren, die die Kosten einzelner Projekte in die Höhe treiben und verhindern, dass das benötigte Material zeitnah bei den Soldat:innen ankommt. Auch auf diesen Missstand ist in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen worden. Aktuell läuft die Beschaffung zentral über das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr. Offenbar ist diese Zentralisierung neben dem komplexen Beschaffungsrecht ein Engpass, der Flexibilität und schnelle Entscheidungen verhindert. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht kündigte schon im Januar 2022 an, das Beschaffungswesen zu reformieren. Für eine effiziente und effektive Nutzung des Sondervermögens ist der Erfolg dieser Reform eine unabdingbare Voraussetzung. Zudem sollte die Bundeswehr auch die Offenheit für Lernprozesse mitbringen. So ist es erstaunlich, dass bei der gegenwärtigen Evaluation des deutschen Engagements der Bundesregierung in Afghanistan ausgerechnet das BMVg sich nicht an der ressortgemeinsamen Evaluation beteiligt.

Neben Landes- und Bündnisverteidigung muss Deutschland aber auch in der Lage sein, im Rahmen von VN-Friedensoperationen, multilateral legitimierten Friedensmissionen unter dem Dach von EU oder NATO oder in Zusammenarbeit mit anderen Regionalorganisationen zu globaler Sicherheit und Stabilität beizutragen. Diese Aufgabe wird schon deswegen nicht an Bedeutung verlieren, weil die Auswirkung des russischen Krieges in der Ukraine nicht regional auf Europa begrenzt bleiben wird → **F.5**. Auch angesichts dieser Herausforderungen bleibt die entwicklungspolitische Stabilisierung von Krisenstaaten in Regionen des Globalen Südens eine wichtige Aufgabe deutscher Friedenspolitik.

Deutschland muss weiterhin zu globaler Sicherheit und Stabilität beitragen und in zivile Krisenprävention investieren

Der gegenwärtige Fokus auf die Ausstattung der Bundeswehr darf deshalb nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention ausbleiben. Die Ampel-Koalition hatte sich im Koalitionsvertrag auf eine Steigerung dieser Ausgaben „im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung“ geeinigt. Zwar gilt diese Kopplung nicht für die nun zusätzlich bereitgestellten Mittel des Sondervermögens, aber auch in die zivile Komponente der Sicherheits- und Friedenspolitik sollte verstärkt investiert werden.

F.4 ✓ Konsequenzen für die Europäische Union

Die EU hat schnell, umfassend und mit großer Einigkeit auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine reagiert. In Analysen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik hat solch eine Feststellung bislang Seltenheitswert gehabt. Der unerwartete Krieg in Europa hat die EU aufgerüttelt und zum Handeln getrieben: Neben dem umfassendsten Sanktionspaket in der Geschichte der EU → 5 liefert sie Waffen und Ausrüstung über das neue Instrument der europäischen „Friedensfazilität“. Umfassende humanitäre Hilfe und Makrofinanzhilfen an die Ukraine kommen dazu. Kann die EU diese massive Unterstützung auch auf längere Sicht aufrechterhalten? Die ökonomischen Folgen der Sanktionen und des Krieges werden europaweit deutlich spürbar sein – zugleich werden sie in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich ausfallen (→ Redeker 2022). Der EU steht daher die sehr schwierige Aufgabe bevor, die nun initial getroffenen ad-hoc-Maßnahmen in nachhaltigen strukturellen Wandel und tiefere Integration zu überführen. Um das europäische Friedensprojekt der EU zu schützen und für die Zukunft zu sichern, darf der dringend notwendige Impuls für eine weitere Integration der EU nicht verlorengehen. Die EU tritt neben einer gestärkten NATO in eine Phase entscheidender Weichenstellungen ein. Schafft sie es nicht, nach innen enger zusammenzuwachsen, droht ihr die weitere Desintegration. Gerade in Richtung ihrer östlichen Mitgliedsstaaten – und Beitrittskandidaten – muss die EU verlässlich bleiben und werden. In mehreren Feldern stehen nun zentrale Entscheidungen an:

Die akuteste Baustelle der EU ist ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Ihre Mitgliedsstaaten haben in den letzten Jahren zwar immer wieder ihren Willen betont, mehr in die Entwicklung gemeinsamer Fähigkeiten zu investieren und Kapazitätslücken zu schließen. Passiert ist jenseits einiger kleiner Projekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) vergleichsweise wenig. In der EU sind nach wie vor sechsmal so viele Waffensysteme im Einsatz wie in den USA. Zentrale europäische Rüstungsprojekte wie das deutsch-französisch-spanische Vorhaben des Zukünftigen Luftkampfesystems (Future Combat Air System, FCAS) sind bereits seit längerer Zeit ins Stocken geraten. Die EU-Mitgliedsstaaten stehen nun vor der komplexen Herausforderung, die kostspieligen und ineffizienten Duplizierungen ihrer Waffensysteme zu überwinden – und gleichzeitig für Verteidigungsszenarien zu planen, die in den letzten Jahrzehnten gegenüber dem Einsatz von Friedens- und Stabilisierungsmissionen deutlich an Relevanz verloren hatten. Institutionell wird jetzt die lange diskutierte „europäische Säule“ innerhalb einer deutlich erstarkten NATO relevant. Parallel dazu werden die GSVP-Missionen der EU nach wie vor insbesondere dort von Bedeutung sein, wo die NATO nicht fähig oder willens ist, zu intervenieren: beispielsweise in Nordafrika, der Sahelzone oder anderen außereuropäischen Orten.

Drängendste Aufgabe der EU ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die institutionell momentan schwierigste Baustelle der EU ist ihre Erweiterungspolitik. Neben der Ukraine selbst signalisieren nun auch Georgien und Moldau Interesse an einem

EU-Beitritt. Die Verhandlungen mit der Türkei stagnieren schon seit langer Zeit, und auch auf dem Balkan gibt es zähe Beitrittsverhandlungen in Serbien und Montenegro sowie große Schwierigkeiten einiger Staaten, überhaupt in eine klare Beitrittsperspektive zu kommen. Der russische Einfluss auf dem Westbalkan – beispielsweise in der Republika Srpska – hat die Frage der europäischen Perspektive der Region nun wieder auf die Tagesordnung gebracht. In all diesen Fällen wird es darauf ankommen, die notwendige politische Integration der EU nach innen gegen die auf der Hand liegenden strategischen Gründe für eine Osterweiterung abzuwägen. Gerade im außenpolitischen Feld war die EU bislang nur sehr eingeschränkt handlungsfähig. Sie ist in ihrer Politik nach wie vor durch sehr geringe Kompetenzen und schwerfällige Entscheidungsprozesse behindert. Ein notwendiger erster Schritt auf dem Weg zu einer agileren und entscheidungsfähigeren EU ist die schnelle Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

F.5 ↙ Bündnispolitik

Der Kriegsausbruch hat dazu geführt, dass die kollektive Verteidigung Europas erneut zur Kernaufgabe der NATO wird. Dies setzt einen Trend fort, der bereits mit der Annexion der Krim 2014 eingesetzt hatte: Finanziell wurde das Ziel ausgegeben, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden; militärisch wurden Kampfverbände in Bataillonsstärke in Osteuropa stationiert. Nach dem 24. Februar 2022 erklärte die NATO die sogenannte NATO-Russland-Grundakte, die die dauerhafte Präsenz von substanziellen Kampftruppen in den neuen Mitgliedsstaaten begrenzt, für hinfällig. Sie plant, vier zusätzliche multinationale Verbände an der Ostflanke zu stationieren. Um exponierte Mitgliedsländer – und die potenziellen Neumitglieder Finnland und Schweden – verteidigen zu können, wird die NATO die kollektive Verteidigung deutlich ausbauen.

Trotz der neugefundenen transatlantischen Gemeinsamkeit werden die europäischen Staaten allein aufgrund der Verlagerung der amerikanischen Aufmerksamkeit auf China künftig auch stärker für ihre eigene Sicherheit sorgen müssen. Der am 21. März 2022 verabschiedete Strategische Kompass der EU gibt auf diese Aufgabe eine erste Antwort. Er beschreibt sicherheitspolitische Bedrohungen als multidimensional und sieht die Stärken der EU in Grenzbereichen der inneren und äußeren Sicherheit wie der Abwehr von hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen sowie der strategischen Instrumentalisierung von wirtschaftlichen und technologischen Interdependenzen durch Herausforderer. Neben der Friedensförderungs- und Stabilisierungspolitik wird die gemeinsame Entwicklung, Beschaffung und Nutzung von Rüstungsgütern ein zentrales Aufgabenfeld der EU. Deren sicherheitspolitische Rolle wird in der neuen russisch-westlichen Konfrontation dennoch vor allem ergänzend zur NATO sein. Im Ergebnis werden die westlichen Staaten durch den Kriegsausbruch enger zusammenrücken und geschlossen Solidarität mit der Ukraine zeigen.

Westliche Staaten
zeigen geschlossen
Solidarität mit der
Ukraine

Die internationale Unterstützung für Russland hingegen ist deutlich begrenzter. Ein wichtiger diplomatischer Erfolg Moskaus bestand jedoch in der engeren Anlehnung an China. Noch kurz vor Kriegsausbruch hatten beide Seiten ein gemeinsames Memorandum zur Zukunft der internationalen Beziehungen samt Prinzipienkatalog veröffentlicht: Leitnormen des internationalen Systems seien demnach Souveränität, territoriale Unversehrtheit und Nichteinmischung in die politischen Belange anderer Staaten. Auch danach bekräftigten Russland und China ihre „grenzenlose“ Partnerschaft, was häufig als klare Parteinahme oder gar Beginn einer Allianz gedeutet wurde. Die materielle Zusammenarbeit bleibt hinter diesem Anspruch jedoch zurück: Russische Hoffnungen, dass China das westliche Sanktionsregime systematisch umgehen oder gar militärische Hilfe leisten könnte, haben sich bis Mai 2022 nicht im erwünschten Ausmaß erfüllt. Kurzfristig kann China den Westen nicht als Käufer russischer Rohstoffe ersetzen, wenn diese Exporte nach Europa vollständig wegfallen. Zudem gibt es in russischen Expertenkreisen Streit darüber, ob eine wirtschaftliche Neuausrichtung nach Osten strategisch sinnvoll ist, oder letztlich in eine Abhängigkeit vom wirtschaftlich dynamischeren China münden würde.

Das chinesisch-russische Tandem bildet also eine bestenfalls begrenzte Interessen- und erst recht keine Wertegemeinschaft (→ Abb, Polianskii 2022). Die internationalen Normen, zu denen man sich kurz vor Kriegsausbruch noch gemeinsam bekannt hatte – vor allem staatliche Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit –, wurden von Russland eklatant verletzt. Auch in der Begründung seines Angriffs als Schutz vor einem behaupteten „Genozid“ griff es auf Argumente zurück, die Chinas traditionell viel engerer Souveränitätsauslegung widersprechen. Andererseits verzichtete Peking auch darauf, seinen Partner zur Einhaltung dieser Normen zu drängen. Auf internationaler Ebene wird von jeglicher Kritik an Russland abgesehen und die Enge des Verhältnisses bekräftigt. In der Staatspropaganda wird das russische Narrativ übernommen, wonach letztlich die USA und die von ihnen betriebene NATO-Expansion für den Kriegsausbruch verantwortlich seien, während (durchaus vielfältige) kritische Stimmen zensiert werden. Dies ist allerdings nicht als Ausdruck besonderer Verbundenheit Pekings mit Russland zu werten, sondern vielmehr des eigenen Konflikts mit den USA, der inzwischen die chinesische Wahrnehmung weltpolitischer Ereignisse komplett dominiert. Bilaterale Kooperation speist sich danach nicht aus einer gemeinsamen, weltordnungspolitischen Vision, sondern der simplen strategischen Maxime, wonach der Feind meines Feindes ein Freund ist.

Dies hat zwei wichtige Konsequenzen: Zum einen wird die Dynamik der chinesisch-russischen Annäherung von einer gemeinsamen Bedrohungswahrnehmung getrieben, konkret der militärischen Einhegung durch US-geführte Bündnisse und dem normativen Druck auf ihre innenpolitischen Systeme. Vor allem der letzte Faktor kann durch westliche Politik direkt beeinflusst werden, ohne die eigene Sicherheit zu opfern. Europäischen Politikern stellten zuletzt mehrfach klar, dass man weder gegenüber Russland noch China eine Regimewechsel-Agenda verfolge. Dies ist zu begrüßen, sollte dann aber auch nicht durch eine rhetorische Fixierung auf den Systemgegensatz zwischen Demokratien und Autokratien konterkariert werden.

Zum anderen fehlen der chinesisch-russischen Partnerschaft – im Gegensatz zum Westen – eine normative Basis, ein institutionelles Fundament, und nicht zuletzt auch eine gemeinsame Identität. Es wäre demnach ein Trugschluss, China und Russland als autoritäres Spiegelbild zur transatlantischen Gemeinschaft zu begreifen, und ihnen aufgrund ihrer Regimeverfasstheit eine Verbundenheit zu attestieren, die in der Realität nicht zu beobachten ist. Tatsächlich ist die Trennlinie zwischen Demokratien und Autokratien nicht in der Lage, Interessenkonstellationen rund um den Ukrainekrieg zu erklären, wie auch ein Blick auf das Verhalten anderer Staaten zeigt. Das Abstimmungsverhalten des demokratischen (wenngleich nicht liberalen) Indiens beiden VN ist etwa nicht vom chinesischen zu unterscheiden. Trotz des politischen Systemunterschieds betreiben Russland und Indien eine langfristige Rüstungspartnerschaft, die einen Grundpfeiler der indischen Sicherheitspolitik darstellt. Parallel treiben beide Seiten zudem weitere Formate voran, die sie jeweils an Staaten binden, die mit der anderen Seite verfeindet sind – Russland wie erwähnt mit China, Indien durch seine Teilhabe am „Quad“, dem vierseitigen, von den USA geführten, Sicherheitsdialog mit Japan und Australien. Auch dies zeigt, dass die Komplexität aktueller strategischer und sicherheitspolitischer Partnerschaften weit über angenommene systemische Blöcke hinausgeht.

Der chinesisch-russischen Partnerschaft fehlt die normative, institutionelle und identitäre Basis

Eine umfassendere Revision der Weltordnung durch eine Koalition mächtiger autoritärer Staaten ist auch deshalb unwahrscheinlich, weil diese in der Krise selbst an internationaler Strahlkraft verloren haben. Offensichtlich scheitern Russland und auch China aktuell daran, ihr Verhalten mit der Orientierung an Regeln statt an Opportunität zu erklären. (Welt-)ordnungen sind aber letztlich Regelsysteme, die Berechenbarkeit schaffen sollen; und Führungsmächte beziehen ihren Status aus der Fähigkeit, diese konsistent und glaubwürdig durchzusetzen. An diesem Anspruch sind beide Staaten gescheitert, was ihnen auch eine systematische Herausforderung liberaler Prinzipien erschweren wird.

F.6 ↗ Globale Auswirkungen

Die Implikationen des Ukraine-Krieges sind jedoch nicht auf die zwischenstaatliche Ebene der Großmächte begrenzt, sondern beeinflussen das globale Konfliktgeschehen in vielfältiger Weise. Direkte Auswirkungen des Ukraine-Krieges finden sich vor allem auf der Ebene der globalen Ressourcenflüsse. Neben der Frage, wie Europa Erdgaslieferungen aus Russland kompensieren kann, bedingt der Ukrainekrieg eine weltweite Nahrungsmittelkrise, die sich in steigenden Preisen niederschlägt. Aufgrund steigender Energiepreise, Klimawandel und Covid-19-Pandemie lagen die Preise für Nahrungsmittel bereits seit den letzten Jahren auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Zwischen 2019 und 2022 verdoppelte sich der Preis für Weizen und schoss mit Beginn des Ukrainekriegs noch einmal in die Höhe. Unter diesen Preisschocks leidet vor allem die arme Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern. In der Ukraine werden 9 % des weltweiten Weizens angebaut; die Ukraine ist zudem einer der weltweit

Vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer sind massiv von der Ernährungskrise infolge des Ukraine-Krieges betroffen

führenden Exporteure für Mais und Sonnenblumenöl → 3/40. Die Ernten – zumindest für das laufende Jahr – werden einbrechen, und es ist sehr fraglich, ob andere Länder diese Ernteauffälle kompensieren können. Russland wiederum, das 19 % des weltweiten Weizens anbaut, hat seine Exporte drastisch heruntergefahren, um im eigenen Land – angesichts der internationalen Sanktionen – die Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten.

44 % der Getreideimporte Afrikas stammen aus Russland und der Ukraine. Vor allem die Ernährungslage in den südlichen Mittelmeeranrainern (Ägypten, Libanon und Tunesien) und in Ostafrika (vor allem Sudan, Kenia, Äthiopien) ist von Getreidelieferungen aus der Ukraine und Russland abhängig. Es handelt sich zudem um Länder, die politisch hoch volatil sind und in denen in der Vergangenheit immer wieder steigende Lebensmittelpreise Anlass für „Brotaufstände“ und Gewalteskalation waren. Daher besteht die Gefahr, dass die politische Instabilität in diesen Regionen zunehmen wird. Zudem ist die humanitäre Versorgung in Regionen, in denen Kriege bereits lange andauern wie in Somalia, Syrien, Afghanistan und Jemen von Getreidelieferungen aus der Ukraine und Russland abhängig. Vor allem in Somalia, wo gegenwärtig Krieg und Dürre zusammenfallen, verschärft sich mit dem Wegfall der ukrainischen Getreidelieferungen die humanitäre Notlage. Die VN (insbesondere das Welternährungsprogramm WFP) muss darin unterstützt werden, schnell und unbürokratisch die Getreidespeicher für humanitäre Hilfe aufzustocken. Langfristig sollte die landwirtschaftliche Produktion – gerade in Afrika – von Getreideimporten unabhängiger werden.

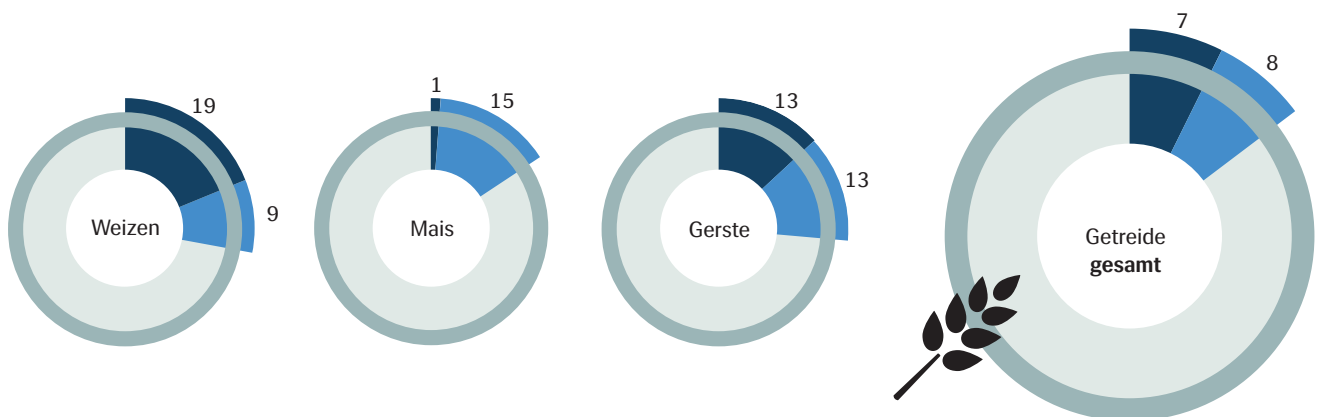
Mit längerer Dauer des Krieges wird sich die Ukraine zudem zu einem Drehkreuz des internationalen Waffenhandels entwickeln. Denn je länger ein Krieg andauert, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich eine Gewaltökonomie entfaltet, in der Waffen – aus russischen, ukrainischen und NATO-Beständen – zu einem bevorzugten Handelsgut werden. Gerade in heißen Konfliktregionen, die in der weiteren Nachbarschaft der Ukraine liegen (wie Nagorny-Karabakh, Syrien, Irak, Afghanistan, aber auch Tigray, Südsudan), werden Waffen aus dem Ukraine Konflikt in den kommenden Jahren vermehrt auftauchen. Aber auch in Konfliktregionen, die als eingehegt gelten (zum Beispiel Tschetschenien, Bosnien), könnten Waffen aus der Ukraine die Konfliktlage verschärfen.

Schließlich ist der Ukraine Konflikt über Söldner mit anderen globalen Kriegsschauplätzen verbunden. So finden sich auf russischer Seite Kämpfer, die bereits in anderen Konflikten (unter anderem Syrien, Tschetschenien) gekämpft haben. Russland versteht sich (wieder) als Macht mit globaler Reichweite. Es nutzt regionale Instabilitäten und verfolgt seine Ziele wie derzeit in Mali mit hybriden Mitteln (Wagner-Truppen) und Desinformationskampagnen. Die Präsenz russischer Söldnerarmeen in Ländern wie Mali, Zentralafrikanischer Republik, Libyen oder Syrien könnte einen Strategiewechsel der NATO und der EU bedingen, um weltweit den russischen Einfluss zurückzudrängen. Gleichzeitig gibt es Anzeichen, dass Russland seine militärische Präsenz überdehnt hat und Söldner für den Ukraineinsatz abzieht.

3 Weltmarktanteile an Nahrungsmittelexporten aus Russland und der Ukraine

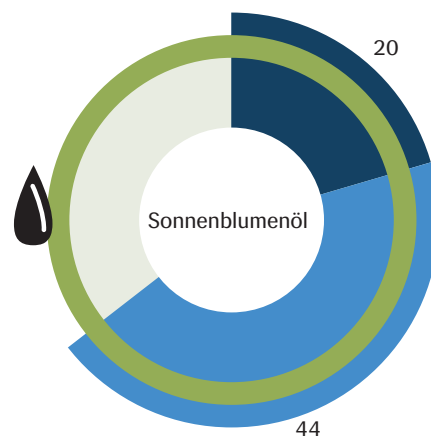
Quelle → F /43

in % **Relative Exportgütermenge**

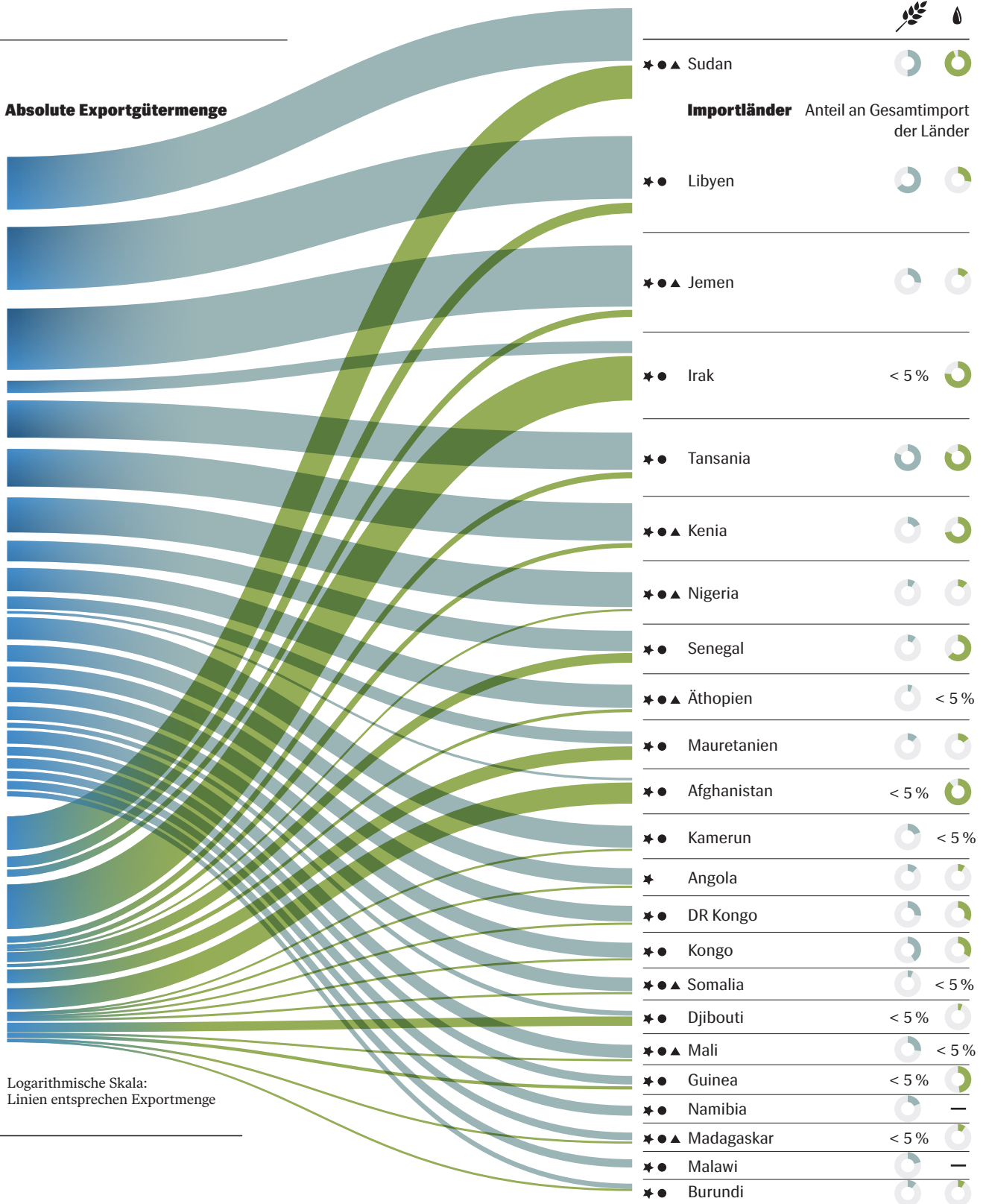


- Russland
- Ukraine
- Andere Länder
- Getreide (Weizen, Mais, Gerste)
- Sonnenblumenöl

- ★ „areas of concern“ nach FEWS NET
- Hilfen des World Food Programme (WFP)
- ▲ „countries in crisis requiring external assistance for food“ nach FAO GIEWS



Absolute Exportgütermenge



Logarithmische Skala:
Linien entsprechen Exportmenge

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Projekt einer kooperativen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, einer Ordnung, in der Sicherheit nicht mehr als exklusives Gut, sondern als gemeinsame Aufgabe angesehen würde, ist gescheitert. Russlands Krieg in der Ukraine hat es zerstört. Einen schnellen Weg zurück zu dieser Ordnung, wird es nicht geben. Zu tief sitzt der Schock und der Vertrauensverlust – auf beiden Seiten. Die Friedens- und Sicherheitspolitik ist wieder ganz am Anfang, nur unter anderen Bedingungen, weil mit China eine weitere Großmacht nach Macht und Einfluss strebt. Die große Herausforderung für die Zukunft der internationalen Beziehungen ist der Aufbau neuer Kooperationsstrukturen – in Europa und in der Welt. Dass eine Entwicklung auf diesem Wege möglich ist, mag manchem in der gegenwärtigen Krise schwer vorstellbar erscheinen. Aber die Geschichte des Kalten Krieges zeigt, dass sie zumindest nicht ausgeschlossen ist. Es wäre deshalb ein Fehler, nur auf militärische Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung zu setzen und in den Container nationaler Sicherheit zurückzukriechen. Für die anstehenden Probleme der europäischen Sicherheit, aber auch darüber hinaus für die weltpolitischen Herausforderungen der Klima-, Ernährungs- und Gesundheitskrise, ist die Orientierung an der Idee kooperativer Sicherheit und einer gesamteuropäischen Friedensordnung notwendig.

Autor:innen

Dr. Pascal Abb

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Christopher Daase (Koordination)

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Tobias Debiel

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen

Dr. Matthias Dembinski

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Mikhail Polianskii

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Conrad Schetter

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Niklas Schörnig

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Ursula Schröder

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Quellenverzeichnis

Abb, Pascal/Polianskii, Mikhail 2022: A New Sino-Russian Entente?

The limits of cooperation on Ukraine and Beyond, PRIF Spotlight 2/2022, Frankfurt/M.

Garton Ash, Timothy 2022: Putin Knows Exactly What He Wants in Eastern Europe – Unlike the West, in: The Guardian, 31 January 2022, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/jan/31/putin-russia-eastern-europe-ukraine>; 10.05.2022.

Nußberger, Angelika 2022: Zeitenwende in der internationalen Politik. Über den Missbrauch des Völkerrechts durch Wladimir Putin, in: Forschung & Lehre, 4 (22), 268–270.

Redeker, Nils 2022: Same Shock, Different Effects: EU Member States' Exposure to the Economic Consequences of Putin's War, Policy Brief, Jacques Delors Centre, Hertie School, Berlin.

Teurtrie, David 2022: Ukraine, Pourquoi la Crise. Les Européens Hors Jeu, in: Le Monde Diplomatique, Février 2022, S. 1, 8.

Trachtenberg, Marc 2020: The United States and the NATO Non-extension Assurances of 1990: New Light on an Old Problem?, in: International Security 45: 3, 162–203.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

1 /32*Deutsche Verteidigungsausgaben*

Deutscher Bundestag 2021: Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte. Jahresbericht 2021, S. 54, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000900.pdf>

Layout: Dr. Niklas Schörnig, HSFK, April 2022.

2 /33*Verteilung der Verteidigungshaushalte ausgewählter NATO-Mitglieder auf zentrale Ausgabenkategorien*

NATO Public Diplomacy Division 2021: Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2021), S. 5, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/6/pdf/210611-pr-2021-094-en.pdf.

Layout: Dr. Niklas Schörnig, HSFK April 2022.

3 /40*Weltmarktanteile an Nahrungsmittlexporten aus Russland und der Ukraine*

International Trade Center (ITC) 2022; Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) 2022, World Food Program (WFP) 2022,

Famine Early Warning Systems (FEWS NET) 2022, UN Comtrade 2020

Layout: Marie Wurscher, Ben Buchenau, Lars Wirkus, BICC, April 2022.